

- Es gilt das gesprochene Wort -

**Gedenken anlässlich des Baus der Berliner Mauer**

**Rede der Landtagspräsidentin, 13. August,  
Rathaus Teltow, Ernst-von-Stubbenrauch-Saal**

Liebe Frau Linow,

herzlichen Dank dafür, dass Sie gekommen sind, um mit uns, mit fremden Menschen, Ihres Bruders Karl-Heinz Kube zu gedenken. Es ist wichtig zu erinnern, es ist wichtig der Opfer des Mauerbaus zu gedenken.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, lieber Dietmar Woidke,  
sehr geehrter Herr Bürgermeister Schmidt,  
sehr geehrte Abgeordnete des Landtages und der kommunalen Vertretungen,  
liebe Frau Dr. Nooke, lieber Herr Landrat Köhler,  
Herr Bezirksverordnetenvorsteher Rögner-Francke aus Steglitz-Zehlendorf,  
Frau Staatssekretärin,  
liebe Teltower und Teltowerinnen, Brandenburgerinnen und Brandenburger!

Wie war es möglich, Deutschland zu teilen!? Junge Leute fragen das und wir fragen es uns sogar selbst, 33 Jahre nach dem Beitritts-Beschluss der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR.

Längst haben wir uns gewöhnt an die Freiheit der Meinung, der Wissenschaft, der Lehre, der Kunst, der Religionsausübung -und nicht zuletzt des Reisens.

Wir leben in demokratischen Verhältnissen und es gibt viele Stellen, an denen Bürger und Bürgerinnen ihre Sorgen und ihre Kritik anbringen können – bei uns im Landtag über ihre Wahlkreisabgeordneten, im Petitionsausschuss, bei den Beauftragten für Datenschutz, Polizei und Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur. In dieser kommunistischen Diktatur war es möglich, dass ein Staatsoberhaupt den Befehl zum Bau einer Mauer gab, Menschen einmauerte, ihr Denken, ihre Träume. 28 Jahre lang. Deutlicher kann man den Gegensatz zwischen Diktatur und Demokratie nicht erleben.

Am 13. August wachten die Menschen in einer geteilten Stadt Berlin auf, entsetzt, verzweifelt, sprachlos. Plötzlich waren sie voneinander getrennt - Familien, Freundschaften, Liebespaare. Gewaltsam, brutal und rücksichtslos. Lebenswege durchkreuzt, das einzelne Schicksal zählte nicht.

Immer wieder wagten einige todesmutig die Flucht, fast alle jung. Mindestens 140 Menschen kamen bei ihrer Flucht ums Leben, allein an der Mauer in und um Berlin. Auch hier, in Brandenburg, starben Menschen bei dem Versuch, in die Freiheit zu gelangen, aus der Diktatur in die Demokratie zu flüchten. Das erste Opfer am Teltowkanal war Roland Hoff: Ein junger Rohrleger, der erst im Juni 1961 in die DDR übersiedelt war. Seine Familie lebte weiter im Niedersächsischen. Ob es seine Sehnsucht nach den Verwandten jenseits der innerdeutschen Grenze war oder das Leben in der DDR, anders als erwartet – jedenfalls dachte Hoff schon bald über eine Rückkehr in den Westen nach. Und er kritisierte den Mauerbau, öffentlich, in seinem Betrieb in Forst. Er wurde entlassen. Zwei Wochen später, am 29. August, versuchte er die Flucht über den Teltowkanal: Er sprang ins Wasser, schwamm Richtung Berlin-Lichterfelde. Grenzpolizisten eröffneten das Feuer. Roland Hoff wurde tödlich getroffen und versank im Teltow-Kanal. Er war 27 Jahre alt. In einem DDR-Flugblatt wurde er danach als „Handlanger der Kalten Krieger“ geschmäht und beleidigt. Die Familie von Roland Hoff erfuhr erst nach 1989 von seinem Schicksal.

Peter Mädler starb 19jährig 1963 im Teltowkanal, er wurde erschossen. Karl-Heinz Kube, der nur 17 Jahre alt wurde fiel 1966 an den Sperranlagen nahe Teltower Hafen Schüssen zum Opfer. Über diese beiden jungen Männer und ihr Schicksal, das stellvertretend für viele andere steht, werden wir heute mehr erfahren. Wir gedenken heute der Opfer an der Mauer, deren Leben willkürlich beendet wurde, zur Abschreckung, menschenverachtend. Es ist wichtig – auch um unser selbst willen –, an ihre Namen zu erinnern und ihr Andenken zu ehren und sie nicht zu vergessen.

Auf den Stelen am Mauerweg können wir ihre Geschichten nachlesen. Sie sind geprägt von der Sehnsucht nach Freiheit und einem besseren Leben, vom Wunsch nach Selbstbestimmung, von Angst vor den Sicherheitsbehörden in ihrem Heimatort. Die Mauer und die innerdeutsche Grenze wurden im Laufe der Jahre immer ausgeklügelter befestigt, undurchdringlich, die diktatorische Staatsführung konnte sich auf eine ebenso ausgeklügelte SED-Machtstruktur stützen. Wer das Land verlassen wollte, wurde kriminalisiert. Republikflucht war strafbar. Auch für die Helfer.

In dem Land, in dem wir lebten, unsere Kinder großzogen, uns in Berufen engagierten, ins Konzert gingen und ins Theater, in diesem Land, das unsere Heimat war, wurden Menschen getötet, nur weil sie nicht mehr in diesem Land leben wollten. Tod auf staatlichen Schießbefehl. Wer öffentlich darüber sprach, brachte sich in Gefahr. Heute unvorstellbar, aber genau so war es. Das ist die unhintergehbare Tatsache, die vergegenwärtigt wird in der Erinnerung an den 13. August.

Und doch ist heute die Erinnerung vieler Menschen an den Mauerbau verblasst. Überlagert von der Geschichte und von Lebensereignissen, überschrieben von der Erinnerung an den Fall der Mauer am 9. November 1989. Dabei war der Mauerbau, der 13. August 1961, doch auch der Beginn unserer ostdeutschen Geschichte, von der wir sagen, dass nicht alles schlecht war.

Kindheit, Jugendjahre, Ost-Sozialisation, die Einheit Deutschlands als Lebensthema meiner Generation.

Für die Jüngeren sind es Klimaschutz, Artenvielfalt und gesunde Umwelt - unter der Bedingung einer geglückten Einheit Deutschlands. Daran müssen wir arbeiten. Aktiv. Nicht zurückgezogen in Nischen. Nicht enttäuscht, auch nicht schimpfend wie früher im geschützten Raum auf die da oben, nicht lauthals auf der Straße. Weil Demokratie kein Zustand ist, sondern ein permanenter Prozess.

Jetzt haben wir sie doch, die parlamentarische Demokratie, das Regierungssystem, in dem die vom Volk gewählten Vertreter die Herrschaft ausüben, Gesetze und Anträge für das gesellschaftliche Miteinander beschließen. Und ich frage mich immer wieder, ob wir diese im Herbst 89 schwer errungene Demokratie genug pflegen, schützen und - nutzen. Ob wir Parlamentarier der Bürgerbeteiligung ausreichend Raum geben, auch wenn wir irgendwann entscheiden müssen und es nicht jedem recht machen können. Ob sich die Bürgerinnen und Bürger, für die wir unsere Arbeit machen, ausreichend einbringen mit ihren Ideen, ihrer Kritik, ihren Visionen.

Sind unsere politischen Verfahren durchlässig genug, um die Positionen von BürgerInnen und ParlamentarierInnen wahrzunehmen, auszutauschen?

Diese Fragen müssen wir uns in der Demokratie stellen, gerade lange 33 Jahre nach dem Fall der Mauer, nach dem Abriss der innerdeutschen Grenze. Es ist unsere Aufgabe, Politik attraktiv zu machen für die Menschen vor Ort, nicht nur für Juristen und Politikwissenschaftler, auch nicht einfach für einen Musterbürger, sondern ganz konkret für Brandenburger und Brandenburgerinnen. Und da kann Politik anders sein als anderswo, typisch brandenburgisch, typisch ost und bürgernah.

Wie gewinnen wir Bürgerinnen und Bürger nicht nur bei Wahlen, bei denen mehr denn je jede Stimme zählt, sondern auch für das Engagement in Ortsvereinen, Parteien, Gemeinderäten im geduldigen und zähen Ringen um gute Lösungen und tragfähige Kompromisse. Demokratietarbeit bedeutet, sich darüber zu verständigen, wie wir in Zukunft in einer sich schnell verändernden Welt miteinander leben wollen – in Brandenburg, in Europa. Wie wir Demokratie und Nachhaltigkeit verbinden, Wirtschaftsentwicklung und Wohlstand. Wie wir - ohne das Bild von der Mauer in den Köpfen - immer noch vorhandene strukturelle Unterschiede zwischen Ost und West überwinden können und gleichwertige Lebensverhältnisse gestalten.

Die Erinnerung an den Bau der Mauer 61 vergegenwärtigt uns wie eine bis dahin für unmöglich gehaltene Form von Repression und Gewalt plötzlich Wirklichkeit wurde.

Die Erinnerung an den Fall der Mauer 89 vergegenwärtigt uns, wie ein unmöglich scheinender Traum durch eine friedliche Revolution Wirklichkeit werden konnte.

Wenn wir beide Ereignisse einander gegenüberstellen, wird sichtbar, wie das bis dahin Unmögliche wirklich werden konnte – im Schlechten wie im Guten - am 13. August als Unterdrückungsakt der SED-Diktatur, am 9. November als Befreiung von der Diktatur, als ihre Überwindung. Demokratie und Freiheit wurden möglich durch gemeinsames Handeln von vielen mutigen Menschen. Demokratie – ein kostbares Gut, das wir niemals aufs Spiel setzen sollten, sondern weiterentwickeln, auch wenn sie niemals perfekt, nie ganz fertig ist, wenn sie anstrengend ist, manchmal eine Zumutung, wenn sie uns vieles abverlangt, weil sie immer im Werden ist – eine große Gestaltungsaufgabe für alle - die Politik, Institutionen, Verwaltungen, Bürgerinnen und Bürger. Damit Demokratie heute gelingt, gerade auch in schwierigen Zeiten, in Krisen, wie wir sie gerade erleben, braucht sie aktive Bürgerbeteiligung und gegenseitiges Vertrauen zwischen den Menschen und ihrer Politik.

Ich möchte Sie ermutigen: Lassen Sie uns dieses Vertrauen stärken. Seien wir zuversichtlich, dass es gelingt. Auch weil Menschen ihr Leben riskierten für Freiheit.

Wir gedenken der Opfer.